


Bescheidenheit. Bundeskanzlerin Angela Merkel schloss sich der Kritik an und propagierte eine „menschliche Marktwirtschaft“.

Der zweite Mann im Staat, Bundestagspräsident Norbert Lammert, sieht Versäumnisse auch bei der Politik. Zu lange habe man resigniert der Verselbstständigung der Finanzwirtschaft zugesehen, sich der Dominanz des Ökonomischen gebeugt und zugelassen, dass das Primat der Politik in Zeiten der Globalisierung durchlöchert wurde. Ohne ein Mindestmaß an Regulierung könne keine soziale Marktwirtschaft gedeihen. Auch ein Lob kam vom Parlamentspräsidenten: Bei der Blitzverabschiedung des fast 500 Milliarden Euro schweren Rettungspakets durch den Bundestag habe „die Demokratie einen Test bestanden“.

So unausweichlich und alternativlos der Rettungsschirm für den kurz vor dem Kollaps stehenden Finanzmarkt war – wichtige Fragen bleiben dennoch zurück. Etwa: Wieso soll der Staat mit gewaltigen Steuermitteln jene vor dem Absturz retten, die mit fremdem Geld Monopoly gespielt und dabei verloren haben? Eine Frage, die sich bei Unterstützungsaktionen für große Automobilkonzerne in Abwandlung stellt, das einige von ihnen fröhlich am Markt vorbei produziert haben. Gehört es nicht zu den essenziellen Grundsätzen des freien Marktes, dass einzelne Teilnehmer bei ausbleibendem Erfolg aus dem Markt ausscheiden müssen? Schon gehen politische Parteien mit dem Vorwurf in den Vorwahlkampf des Jahres 2009, dass Gewinne wieder einmal privatisiert und Verluste sozialisiert werden. Doch bloße Parolen helfen in dieser schwierigen Lage niemandem. Gefragt sind neben schnellen Lösungen für akute Probleme vor allem solide Spielregeln für die künftige Organisation der Märkte. ■

Online-Expertenforum  
des Bundeswirtschafts-  
ministeriums zur Finanzkrise:

 [www.bmwi.de/go/finanzkrise](http://www.bmwi.de/go/finanzkrise)

Streitgespräch:  
Bernhard Emunds und Hermann Otto Solms

## Krise als Chance? Die Lehren aus dem Desaster

Die Finanzkrise wirft eine alte Frage auf: Welche Regeln braucht die Marktwirtschaft und wer wacht über ihre Einhaltung? BLICKPUNKT BUNDESTAG hat einen prominenten Liberalen zum Streitgespräch ins Münzkabinett des Berliner Bode-Museums gebeten: Hermann Otto Solms ist Vizepräsident des Deutschen Bundestages und finanzpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion. Mit ihm diskutiert Bernhard Emunds, Direktor des Oswald von Nell-Breuning-Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik. Er fordert schärfere Regeln für die Finanzwirtschaft und ein Umdenken in den Vorstandsetagen.

**Blickpunkt Bundestag:** Herr Emunds, als was wird das Jahr 2008 in die Geschichtsbücher eingehen – als Jahr der großen Krise?

**Bernhard Emunds:** Ganz sicher. Denn erstmals seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 erleben wir wieder eine große weltweite Finanzkrise. In der Zwischenzeit gab es begrenzte Krisen wie die Asienkrise. Diesmal haben wir es mit einer umfassenden globalen Krise zu tun.

**Blickpunkt Bundestag:** Herr Solms, übertreibt Herr Emunds?

**Hermann Otto Solms:** Nein, er übertreibt nicht. Weil die hohe Internationalität der jetzigen Krise mit ihren gewaltigen Dimensionen etwas völlig Neues ist. Nicht nur Amerika und Europa, sondern auch Asien und die Schwellenländer sind durch die Vernetzung der interna-

tionalen Finanzwirtschaft einbezogen. Die Tragweite dieser Krise hat niemand vorausgesehen.

**Blickpunkt:** Wie konnte es zu dieser Kettenreaktion kommen – von der Finanzkrise zur globalen Wirtschaftskrise bis hin zur Krise der Marktwirtschaft insgesamt?

**Solms:** Das hätten die Gegner der Marktwirtschaft gern, dass sie die jetzige Krise nutzen können, um die Marktwirtschaft als solche bloßzustellen. Wenn man aber die Ursprünge der Marktwirtschaft in Erinnerung ruft, weiß man, dass die Marktwirtschaft durchaus einen starken Staat braucht, der die Regeln setzt und auf ihre Einhaltung achtet. Alexander Rüstow hat schon 1932 geschrieben: Der liberale Markt braucht einen starken Staat, und ein starker Staat braucht einen liberalen Markt.

**Emunds:** Richtig ist, dass wir nicht die Wahl haben zwischen einem kapitalistisch-marktwirtschaftlichen System und einem völlig anderen System, sondern nur die Wahl zwischen verschiedenen Varianten des marktwirtschaftlichen Systems. Die Krise ist insofern eine Krise des ungezügelt Kapitalismus und damit auch eine Krise des marktradikalen Wirtschaftsliberalismus. Das sieht man besonders deutlich am Arbeitsmarkt und an den Finanzmärkten, wo jeweils versucht wurde, neben einem regulierten und gesicherten Sektor einen weniger regulierten und kaum abgesicherten Bereich einzuführen.

**Solms:** In dieser Analyse wird vermischt, was die amerikanische Administration gemacht hat und was die europäischen Staaten, vor allem Deutschland, ge-

tan haben. Die Vorwürfe eines Turbokapitalismus richten sich vor allem gegen besondere Ausprägungen in den USA. Solche Vorwürfe sind gegenüber der deutschen Wirtschaftspolitik unberechtigt.

**Emunds:** Dem widerspreche ich. In der Grundrichtung hat man in der Bundesrepublik sehr wohl in den letzten 15 Jahren auf die Entfesselung der Marktkräfte gesetzt und auf einen schlanken Staat, der sich aus der Regulierung von Märkten und der Absicherung von Lebensrisiken zurückzieht. Und Ihre Partei, Herr Solms, war dabei immer die Speerspitze.

**Solms:** Da, wo wir das gemacht haben, war es ohne Alternative. Denken Sie mal, die alte Post würde noch als Staatsorgan agieren, dann hätten wir alle noch Drehscheibentelefone. Das



Foto: Thomas Köhler/photothek.net/  
Staatliche Museen zu Berlin, Münzkabinett 2008



Foto: Thomas Köhler/photothek.net

## „Warum wird der Erfolg eines Unternehmens nur an der Entwicklung des Aktienkurses gemessen?“

Bernhard Emunds

Banken mit den größten Problemen sind interessanterweise die Quasistaatsbanken oder Landesbanken. Zudem: Wo der Staat versagt, steht der Steuerzahler ein, wo der Private versagt, stehen der Inhaber und die Aktionäre ein.

Emunds: Sie zeichnen eine heile Welt. Die Wahrheit ist doch, dass es eine dezidierte Strategie des Staates war, auf die Liberalisierung und Entfesselung der Märkte zu setzen. Nehmen wir den Arbeitsmarkt: Dort hat man neben dem Sektor der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung die prekäre Beschäftigung aufgebaut, in der Hoffnung, dadurch die Kosten für die Unternehmen zu senken und den Wohlstand zu steigern. In ähnlicher Weise war auch die neue kapitalmarktdominierte Finanzpolitik mit ihren enormen Mengen an Finanzkapital gedacht als eine billige Alternative zur teuren Bankkreditfinanzierung. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass man sowohl Regulierungslücken zugelassen als auch erlaubt hat, dass es im Investmentbanking-Bereich zu einer ungeheuren Dynamik von Finanzinnovationen kam. Ein Großteil dieser Finanzinnovationen diente dem Zweck, alle Beschränkungen des Staates zu umgehen!

Solms: Herr Emunds spricht gern von einer Strategie des Staates. Wenn es Fehlentwicklungen gab – etwa bei einer adäquaten Regulierung oder bei der Bankenaufsicht – entsprang das nicht einer ideologischen Strategie, sondern hier hat der Staat teilweise aus Unkenntnis der neuen Produkte schlicht versagt. Und die bei den Banken Tätigen sind Risiken eingegangen, ohne sie wirklich gekannt und verstanden zu haben. Das und nicht eine gewollte Strategie hat uns in die gefährliche Situation gebracht.

Gleiche gilt für die Bahn. Beide produzieren ganz normale Dienstleistungen, die im Wettbewerb erbracht werden müssen. Hier war eine Deregulierung überfällig. Es mag in der Finanzwirtschaft Fälle gegeben haben, wo die Deregulierung übereilt war, da muss sich aber vor allem die frühere rot-grüne Bundesregierung an die Nase fassen, da sie dafür verantwortlich war.

Emunds: Vorsicht, Herr Solms, so effizient sind die Privatisierungen nun auch

wieder nicht. Ich erinnere nur an den Rückzug der Post aus der Fläche und deren schiefgelaufene Experimente in anderen Ländern.

Blickpunkt: Hat die Politik es sich zu leicht gemacht? Hat sie zu lange unter dem Motto „Der Markt wird es schon richten“ zugeschaut?

Solms: Nein, das finde ich nicht. Gerade in der Finanzkrise hat der Staat als Akteur auf dem Markt als Erster versagt, viel stärker als die Privatwirtschaft. Die

**Zur Person:** Bernhard Emunds, Jahrgang 1962, ist seit 2006 Professor für Christliche Gesellschaftsethik an der Hochschule Sankt Georgen und Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehört die Theorie und Ethik der Finanzwirtschaft. In zahlreichen Veröffentlichungen hat er sich auf diesem Feld einen Namen gemacht.

[www.sankt-georgen.de](http://www.sankt-georgen.de)

**Zur Person:** Hermann Otto Solms, Jahrgang 1940, ist seit 1998 Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Der promovierte Ökonom war von 1991 bis 1998 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion. Seit 1971 ist Solms Mitglied der FDP, von 1987 bis 1999 war er Bundesschatzmeister. Zu seinen Schwerpunkten zählt die Steuer- und Finanzpolitik.

[hermann.solms@bundestag.de](mailto:hermann.solms@bundestag.de)  
[www.hermann-otto-solms.de](http://www.hermann-otto-solms.de)

Blickpunkt: Als was bezeichnen Sie es, wenn der Staat in die Bredouille gekommenen Konzernen mit Milliardenhilfen nun aus der Klemme helfen soll?

Solms: Das halte ich für äußerst bedenklich, denn der Staat ist nicht der Retter, der Verluste sozialisieren und Gewinne bei den Banken belassen darf. Der Staat muss wie der Schiedsrichter beim Fußball für die Spielregeln sorgen und denen, die sie verletzen, die Gelbe oder Rote Karte zeigen.

Emunds: Für die Realwirtschaft stimme ich absolut zu. Es ist hanebüchen, der Automobilindustrie mit ihrer gut aufgestellten Lobby im großen Maßstab unter die Arme zu greifen. Bei der Finanzwirtschaft gab es allerdings keine Alternative. Als die Finanzkrise erst einmal eingebrochen war, haben die Umstände die Politik genötigt und vor die Frage gestellt: „Geld oder Leben?“ Da konnte die Politik nicht anders als mit „Geld!“ antworten. Im Umkehrschluss zeigt dies aber auch, wie wichtig es ist, gerade die Finanzwirtschaft stark zu regulieren. Wenn der Staat letztlich Risiken übernehmen muss, geht das nur, wenn die Grenzen der Regulierung sehr eng gezogen werden.

Blickpunkt: Liegt in der Krise auch eine Chance? Welche Lehren sind aus dem Desaster zu ziehen?

Solms: In jeder Krise liegt eine Chance. Man muss aus den Fehlern lernen. Das Schöne an der Marktwirtschaft ist, dass sie ein lernfähiges, flexibles System ist im Gegensatz zur Staatswirtschaft, die starr und unbeweglich ist und schlussendlich zur Pleite eines Staates führt, wie die DDR gezeigt hat.

Emunds: Das kapitalistisch-marktwirtschaftliche System ist flexibel, aber wir müssen es auch wirklich gestalten und dem Tiger der Gewinnorientierung Fesseln anlegen, ihn ins Geschirr für die Steigerung des Wohlstands zwingen. Konkret heißt das in der jetzigen Krise: Die Finanzmärkte müssen umfassend reguliert werden. Zugleich muss aber auch die soziale Entsicherung gestoppt werden. Denn das sind zwei Seiten einer Medaille. Die Krise, die auch eine Vertrauenskrise ist, kann nur dauerhaft gelöst werden, wenn die Menschen sehen, dass die Politik ihre Nöte und Sorgen ernst nimmt und nicht zulässt,

dass ihre Lebensperspektiven in einer gnadenlosen Konkurrenz aller gegen alle zerrieben werden.

Blickpunkt: Zu einer wirklichen Umkehr gehören nicht nur neue staatliche Regulierungen, sondern auch eine Änderung der Ethik- und Moralvorstellungen der wirtschaftlichen Eliten. Fragen wir den Gesellschaftsethiker: Sehen Sie da Licht am Horizont?

Emunds: Im Moment sehe ich eine betretene Nachdenklichkeit. Ich hoffe, dass daraus eine wirkliche Änderung der Unternehmenskultur entsteht. Denn die brauchen wir in Deutschland. Die Großunternehmen müssen weg von der Orientierung am Shareholder-Value und wieder zurück zu einer Unternehmenskultur, die langfristig orientiert ist und die realwirtschaftlichen Bedingungen des eigenen Erfolgs mit im Blick hat. Dazu gehören motivierte Arbeitnehmer und zufriedene Kunden. Dazu sind auch neue Regeln der

Corporate Governance nötig. Warum wird der Erfolg eines Unternehmens, für den die Manager zusätzlich bezahlt werden, nur an der Entwicklung des Aktienkurses gemessen? Er sollte auch andere Ziele, wie die stabile Beschäftigung der Mitarbeiter, umfassen!

Solms: Ich glaube, dass bei manchem Manager, der nicht genug kriegen konnte, bereits ein Bewusstseinsprozess eingesetzt hat. Sie haben uns mit ihren hohen Gehältern und Boniengesellschaftspolitisch sehr geschadet. Gerade auch uns

## „Man sollte nicht suggerieren, der Staat könnte alles richten.“

Hermann Otto Solms



Foto: Thomas Köhler/photothek.net

Liberalen, weil sie die Grundlagen der liberalen Gesellschaftsordnung infrage gestellt haben. Allerdings muss auch der Staat, der eine solche kurzfristige Erfolgsorientierung in der Vergangenheit auch noch begünstigt hat, beispielsweise durch neue Bilanzierungsvorschriften, mangelnde Aufsicht und die Duldung von Zweckgesellschaften, umdenken. Hier muss vieles korrigiert werden.

**Blickpunkt:** Was sind die wirtschaftlichen Folgen der Finanzkrise? Vor allem: Wie kommen wir aus der Krise wieder heraus?

**Solms:** Man sollte den Bürgern nicht suggerieren, der Staat könnte alles richten. Er kann es nicht. Was er kann, ist, einen unausweichlichen Abschwung abzuschwächen. Ob das mit Geldgutscheinen gelingt, da habe ich meine Zweifel. In Deutschland geben die Menschen, wenn sie Zukunftsorgen haben, das Geld nicht in den Konsum, sondern aufs Konto. Von Konjunktur-

programmen halte ich auch nichts, denn sie lösen zumeist nur Strohfeuer aus. Wir brauchen Entlastungen für Bürger und Unternehmen, die schnell wirken und dauerhaft orientiert sind. Verlorenes Vertrauen gewinnt man nur durch Stetigkeit und Dauerhaftigkeit zurück. Niemand kauft ein neues Auto, nur weil er 200 Euro Kfz-Steuer für ein Jahr spart.

**Emunds:** Allerdings wäre auch eine steuerliche Entlastung nur sehr begrenzt nachfragewirksam. Ich bin dafür, die Abschreibungsbedingungen der Unternehmen noch stärker zu verbessern als bisher geplant, damit es einen Impuls gibt zu investieren. Zweitens muss den unteren Einkommensschichten geholfen werden, etwa durch eine Verdoppelung des Kindergeldes. Und drittens sollte der Staat in Bildung und Pflege investieren und dort selbst für zusätzliche Beschäftigung sorgen.

Gespräch: Sönke Petersen ■



Foto: Thomas Köhler/photothek.net/Staatliche Museen zu Berlin, Münzkabinett 2008

## Standpunkte der Fraktionen:



Was ist jetzt politisch nötig, um die Wirtschaftskrise zu meistern? Wurde bislang alles getan?

Wir haben Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit bewiesen. Unsere Gesetze zur Finanzmarktstabilisierung und Beschäftigungssicherung sind rasch und zielgenau verabschiedet worden. Die praktische Umsetzung werden wir aufmerksam verfolgen. Weil Ausmaß und Dauer der Krise nicht abschätzbar sind, kann die Wirtschafts- und Finanzpolitik derzeit nur auf Sicht angelegt sein. Die laufenden Prüfungen aller verfügbaren Instrumente sind eine gute Grundlage, um bei neuen Risiken wieder schnell und präzise zu handeln.

Was sind aus Ihrer Sicht die Eckpfeiler für eine (globale) Marktwirtschaft, die nachhaltig zum Nutzen aller funktioniert?

Ein sicheres Fundament für diese wichtige Herausforderung ist die soziale Marktwirtschaft, die zu den elementaren geistigen Grundlagen der Union gehört. Soziale Marktwirtschaft ist ein klares Bekenntnis zur Wettbewerbswirtschaft. Der Wettbewerb muss sich jedoch in geordneten Bahnen entwickeln. Dafür hat ein schlanker, aber starker Staat zu sorgen. Dort, wo Schäden für Gesellschaft oder Umwelt drohen, setzen wir klare Schranken.



Wir haben zügig Rettungsschirme für Finanzbranche und Arbeitsplätze gespannt. Von SPD-Seite haben wir jetzt ein schlüssiges Konzept vorgelegt, das statt auf Steuer- auf Abgabensenkung setzt, das Investitionen vereinfacht und beschleunigt, das Bildungsinvestitionen in die Zukunft unserer Kinder zum Kern hat und mit einer schnellen Neuregelung der Kfz-Steuer und der Umweltprämie auch den Klimaschutz im Auge behält.

Wirtschaft ist immer für die Menschen da. Wir sehen in der derzeitigen Krise, was es bedeutet, wenn man sich von diesem Grundsatz verabschiedet. Von der Politik muss der staatliche Ordnungsrahmen gesetzt werden, bei uns heißt das soziale Marktwirtschaft. International brauchen wir klare Spielregeln gerade für die Finanzmärkte, die dafür sorgen, dass die Gier weniger nicht den Wohlstand aller riskiert.



Die Bundesregierung verharret in der Angststarre. Das schwarz-rote Sammelsurium reicht nicht. Deutschland steht vor einer handfesten Rezession. Die schwache Binnennachfrage muss dringend gestärkt werden. Den Menschen muss mehr Netto vom Brutto bleiben. Deshalb wäre jetzt eine langfristig wirkende Steuersenkungsreform so wichtig. Als Abschlagszahlungen darauf sollte die Bundesregierung Steuerschecks an die Bürger verschicken.

Eine auf Wettbewerb, Freihandel und faire rechtstaatliche Spielregeln aufgebaute Weltwirtschaft bietet den Menschen die besten Chancen. Noch immer leben auf der Welt viel zu viele Menschen in Armut. Dank der marktwirtschaftlichen Entwicklung sind in den vergangenen Jahren in China, Indien und anderen Schwellenländern aber schon Hunderte Millionen Menschen aus der Armut aufgestiegen. Protektionismus und Abschottung schaden besonders den Ärmsten.



Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung ist unzureichend. Jetzt müssen schnell und zielgenau die Nachfrageausfälle bei Unternehmen ausgeglichen werden, bevor sie mit Entlassungen reagieren. Die Linke fordert die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,71 Euro, die Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes auf 435 Euro und staatliche Investitionen in Höhe von 30 Milliarden Euro in Bildung, Infrastruktur und Umwelt.

Ein Ausgleich der weltweiten Ungleichheiten zwischen Arm und Reich und zwischen Nord und Süd erfordert eine Abkehr von den Dogmen der Kapitalverkehrsfreiheit und der Handelsliberalisierung. Transnationale Konzerne und Investitionen müssen auf sozial-ökologische Regeln verpflichtet werden. Eine demokratische Weltwirtschaftsordnung bedarf einer Stärkung von UN-Institutionen und Abkommen gegenüber IWF, WTO und Weltbank.



Merkels kunterbuntem Konjunkturpaket setzen wir ein nachhaltiges Investitionsprogramm entgegen. Es konzentriert sich auf Klima, Bildung und soziale Gerechtigkeit. Die ökologische Modernisierung senkt die Kosten des Klimawandels. Geld für Bildung ist gerecht und macht Deutschland fit. Unterstützung der Ärmsten stärkt die Kaufkraft. Staatliche Investitionen stabilisieren die Konjunktur schneller als Steuersenkungen.

Wir wollen die Neuordnung der Global Governance nicht dem Recht des Stärkeren überlassen, sondern internationale Kooperation stärken. Das Recht auf Entwicklung muss mit den Klimazielen in Einklang gebracht werden, der Ressourcenzugang kooperativ gesichert werden. Die Finanzmärkte benötigen eine bessere internationale Regulierung und Aufsicht. Die Welthandelsordnung muss soziale und ökologische Standards berücksichtigen.